

Haushaltsrede der SPD zum Haushalt 2016 von Dr. Günter Fiedler

Eine Haushaltsrede an einem Tag, an dem die siebte Episode von Star-Wars „Das Erwachen der Macht“ mit einem Rekordansturm in die Kinos kommt, kann nur mit Superlativen beginnen. Die Steuerkraft der Kommunen im Kreis Soest wird im kommenden Jahr von 283 Mio auf 307 Mio auf einen neuen Höchstwert steigen und mit 10% Zuwachs in Westfalen den Spitzenplatz einnehmen. Auch die Schlüsselzuweisungen des Landes, die bei steigender Steuerkraft von der Systematik her eigentlich deutlich zurückgehen müssten, bleiben mit 70,8 Mio auf einem weiterhin hohen Niveau, was an der Rekordverteilungsmasse von erstmalig 10,8 Milliarden € liegt. Zusätzlich fließen fast 26 Millionen Pauschalgeber für Investitionen, Sport und Schule in unsere kreisangehörigen Städte und Gemeinden, was insgesamt zu einer verfügbaren Finanzsumme von 404 Mio € führt: damit stehen im Kreis Soest für Städte und Kommunen 25 Millionen € mehr zur Verfügung als im letzten Jahr!

Zusätzliche Einnahmen für die Kommunen gibt es on Top aus den aktuell aufgelegten Fördertöpfen des Bundes: 10,6 Mio € aus dem Kommunal-Investitions- Förderungsgesetz - verteilt auf drei Jahre. Hinzurechnen muss man Gelder aus der sog. Übergangsmilliarde, die sich aktuell auf 1,7 Mio € für 2016 belaufen und nach Erhöhung ab 2017 auf ca. 5,4 Mio € steigen werden.

Nimmt man erste Reaktion aus den Kommunen wahr, fließt dort der Geldregen in Fässer ohne Boden. In der Tat ist man sich auf allen Ebenen einig: trotz Rekordzuweisungen bleiben die Gemeinden strukturell unterfinanziert. Entsprechend weiter steigt die Höhe der notwendigen Kassenkredite. Außerdem müssen vielerorts die Grund- und Gewerbesteuern erhöht werden. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Bernd Schneider, hat die angespannte Haushaltslage deutlich beschrieben: es gibt nicht mehr arm und reich - sondern nur noch arm und sehr arm!

Deutliche Differenzen gibt es allerdings bei der Beurteilung der Ursachen. Als Hauptursache werden immer wieder gerne zu geringe Finanzzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz genannt. Dem muss entgegnet werden, dass inzwischen die Zuweisungen vom Land an die Städte und Gemeinden eine Rekordhöhe erreicht haben. Sie stellen mit rund 22 Milliarden Euro als direkte und indirekte Zuweisungen inzwischen rund ein Drittel der Gesamtausgaben des Landes dar. Dank des Stärkungspaktes und geänderter haushaltsrechtlicher Normen ist in NRW das Nothaushaltsrecht inzwischen eine Ausnahme geworden! Zudem hat sich nach vielen vergeblichen Klagen einiger

Kommunen gegen das GFG der kritisierte Verteilungsschlüssel nicht nur als stabil sondern auch als gerichtsfest erwiesen.

Auf der Ebene der Bürgermeister steht natürlich die angeblich ständig steigende und angeblich deutlich überhöhte Kreisumlage im Focus. Bei der Bürgermeisterrunde im Kreis Soest wünscht man sich die Zahlung der Umlage wahrscheinlich sehr wörtlich: der Kreis lässt einmal im Jahr den Hut herumgehen und man wirft verdeckt und lautlos ein passendes Scherflein hinein.

Die Ermittlung der Höhe der Kreisumlage ist aber ein notwendiger, bekannter und transparenter - weitgehend durch Bundesgesetze bestimmter - Prozess, weit vorhersehbar, außerdem nachprüfbar und vergleichbar mit anderen Kreisen. Selbst Einwände können in das Verfahren eingebracht werden und die Bürgermeister dürfen auch unsere Stellungnahme zu den Einwänden im Rat verteilen.

Zu bedenken geben sollte, dass fast 50% der Kreisumlage direkt an den LWL weitergeleitet wird. Und ein großer Teil (ca. 90 Mio) fließt zurück direkt privat an die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden!!

Bei den eingangs aufgezeigten positiven Eckdaten für die Gemeinden kommt hinzu, dass der Ausgleich des Kreishaushaltes seit 2008 Jahr für Jahr durch die anfänglich bei 50 Mio € liegende Ausgleichsrücklage erfolgte: so konnten in den letzten Jahren zusätzlich 47 Mio € vor Ort verbleiben. Auch in diesem Jahr wird das im Kreishaushaltsplan ergebende Defizit von 5,8 Mio € erneut aus der Ausgleichsrücklage genommen, was letztendlich die Kommunen entlastet. Auch die aktuellen Hebesatzquoten von 40,63 % für die allgemeine Umlage und 20,05 % für die Jugendamtsumlage lassen sich im Vergleich mit anderen Kreisen durchaus als Resultat erfolgreicher Haushaltsführung einstufen.

Den Vorschlag der Bürgermeister, die freiwilligen Leistungen zurückzufahren, haben wir wohlwollend geprüft und in weitere Beratungen einbezogen. Die Kürzung freiwilliger Leistungen im Kreishaushalt hilft allerdings keiner Kommune aus der Finanzkrise. Bei Leistungen, die eindeutig lokalen Bezug haben, sind wir bereit, diese Schritt für Schritt aus dem Haushalt herauszunehmen. Kontraproduktiv ist dagegen der Ratsbeschluss der Stadt Rüthen, lokal aus der WLE auszusteigen. Hier müssen dann die anderen Gesellschafter u.a. der Kreis Soest die Anteile übernehmen.

Letztlich möchte ich noch auf die aktuelle Vision eingehen, die Ausgleichsrücklage ganz zu verzehren. Helmut Schmidt sagte einmal: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!“. Einen 330 Mio € Gesamthaushalt bei den allseits bekannten Risiken ohne Ausgleichsrücklage zu fahren ist genauso unvernünftig wie die Planung einer Autofahrt durch die Weiten der USA ohne Reservekanister für Benzin und Wasser. Nach gründlicher Abschätzung der Haushaltslage und der in Aussicht gestellten Hilfen von Bund und Land sind wir zusammen mit der CDU bereit, eine Million Euro mehr aus der Rücklage zu entnehmen, die aber dann noch auf einen Sockelbetrag verbleiben wird.

Während für den kleinen Prinz das Wesentliche für das Auge unsichtbar ist, ist auf dem Planet der Finanzpolitik das Wesentliche dagegen sehr deutlich zu sehen. Während sich der Bund weiterhin mit seiner schwarzen Null schmückt und rühmt, ist er eigentlich dringend gefordert, um die vor Ort kaum noch zu steuernden Soziallasten im weiteren Umfang zu übernehmen. Zugegeben: verfassungsrechtlich ist eine direkte Unterstützung der Kommunen durch den Bund sehr schwierig, aber sowohl der Bund der Steuerzahler als auch die Verfasser der Bertelsmann-Studie kommen gemeinsam zu dem Ergebnis, dass die Wohnkosten der Hartz-IV-Empfänger bundeseinheitlich geregelt sind und damit komplett vom Bund erstattet werden könnten. Für den Kreis Soest und seine Städte und Gemeinde würde eine 100% Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung 29 Mio € mehr einbringen und die Haushalte aller Beteiligten deutlich entlasten.

Auf einzelne Bundes- und Landeszuschüsse sind wir weiterhin in unserem Haushalt angewiesen, ohne die viele Aufgaben nicht lösbar wären: so z.B. im Bereich Kindergärten, Bildung, Integration, Breitbandausbau, Landschaftsschutz, Klimaschutz. Die notwendige Kofinanzierung mit Eigenanteilen tragen wir gerne mit.

Für die frühkindliche Bildung werden im Landeshaushalt 4,5 % (108 Mio) mehr eingestellt. Die Gesamtsumme für NRW beträgt damit 2,43 Mrd. Euro. Zusätzlich fließen aus dem Bundesprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ noch weitere 118 Mio € für 2016 – 2018 zur Schaffung neuer Kita-Plätze. Wir brauchen genau diese Förderung von Kindern und keine Fernhalte-Prämien.

Ein deutliches Signal haben wir bei den Elternbeiträgen für die Kindergärten im Kreis gesetzt: entlasten in den unteren Einkommensgruppen, verträgliche Anhebungen bei den höheren Einkommen. Bei der beschlossenen Beitragstabelle wird der Anreiz erhöht, die Angebote der wichtigen

frühkindlichen Bildung in vollem Umfang zu nutzen. Haushaltsmäßig erzielen wir jährlich sogar 400 000 € Mehreinnahmen.

Das Sozialticket ist endlich in den Haushaltsplan aufgenommen worden – mit dem Zusatz „soweit es sich finanziell rechnet“. Erste Erfahrungen aus anderen Kreisen zeigen, dass diese Befürchtungen nicht eintreten werden – immerhin kann der Kreis die Nutzung über Eigenanteil und Reichweite steuern. Da die Bezuschussung des Sozialtickets durch den Landtag erhöht und zeitlich verlängert wurde, werden die restlichen Kreise bald nachziehen. Kalkuliert hat die Verwaltung einen Eigenanteil von 15 bzw. 22,50 € für ein Ticket, das allerdings nicht die Reichweite des Kreises abdeckt. Wir sollten hier über eine Nachbesserung nachdenken, und bei einer Notwendigkeit weiter Fahrten individuell ein Sozialticket mit einem Eigenanteil von ca. 30 € anbieten wie in vielen anderen Kreisen.

In der Präambel des Zukunftskonzeptes ist festgeschrieben, dass die Belange der Inklusion in allen Handlungsfeldern zu berücksichtigen sind. Zur Unterstützung schulischer Inklusion ist die Bündelung verschiedener Fachkompetenzen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Kooperation mit unterschiedlichen Partnern wie Frühförderstellen, Hochschulen, Kliniken und Ärzten, Schulpsychologen für eine qualifizierte Beratung notwendig – vor allem angesichts der hohen Dichte von Förderschulen aller Richtungen sowie zahlreicher Regelschulen, die sich auf den Weg der Inklusion begeben, sowie zahlreicher Einrichtungen für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Wenn der LWL beabsichtigen sollte, von sich aus das Konzept der Beratungshäuser demnächst flächendeckend auszuweiten, sollte der Kreis Soest vorbereitet und in der Lage sein, sich sofort einzubringen.

Zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung ist die Bestellung des Behindertenbeauftragten bis Ende 2021 verlängert worden. Außerdem wurde das Aufgabenspektrum unter Beteiligung der Interessenverbände deutlich erweitert und wird durch das Büro des Behindertenbeauftragten mit einer halben hauptamtlichen Stelle unterstützt. Bedenken sollte man allerdings, dass der Haushaltsplan Ausgaben für die Behindertenberatung von 75 Cent pro Einwohner ausweist.

Der Sport aktiviert gegenwärtig wie kein anderer gesellschaftlicher Bereich annähernd so viele Freiwillige und Ehrenamtliche. Er trägt gerade in den heutigen Zeiten wesentlich zur Stabilität unserer Gesellschaft bei, sogar durch den Verzicht auf Nutzung von Sporthallen. So fördert das Land bis hin zu den

Kommunen weiterhin viele sinnvolle Aktivitäten. So fließen 883 000 Euro Sportpauschale in die Städte im Kreis Soest, das Land NRW zahlt jährlich 34,3 Mio € für den Pakt für den Sport. Ein Pakt für den Sport wurde schon im letzten Jahr im Hochsauerlandkreis unterschrieben, wir sollten im Kreis Soest jetzt unbedingt nachziehen, um mit einer zielgerichteten Strategie das Wissen um den Vereins- Breiten- und Gesundheitssport für jede Generation zu bündeln.

Das einstimmig beschlossene Immobilienkonzept halten wir trotz der Kritik aus den Kommunen weiterhin für notwendig. Bei dem erneuerungs- und erweiterungsbedürftigen Zustand unserer Kreisimmobilien und bei dem niedrigen Zinssatz muss man verantwortungsvoll handeln: „ Wenn nicht jetzt, wann dann.“ Über alle Bereiche summieren sich im nächsten Jahr die Investitionen auf 21,3 Mio € Brutto.

Als Ergebnis der intensiven Haushaltsberatungen werden von der SPD kaum Änderungen bei den einzelnen Kostenstellen und Haushaltsansätzen gewünscht.

Aber in diesem Jahr wird keine Haushaltsplanberatung um die Flüchtlingssituation herumkommen. Endlich öffnen sich täglich neue Finanztöpfe ohne Kürzung oder Belastung anderer Haushaltsstellen!!! und viele Behörden – Kreisverwaltung und Städte - und vor allem ehrenamtliche Kräfte ziehen schon lange schnell und unbürokratisch an einem Strang. Das beweist auch ein Artikel im Soester Anzeiger vom 10.Dezember über die runden Tische zwischen Bürgerstiftung Hellweg mit der Stadt Soest. Manfred Wortmann und Meinhard Esser drücken sehr deutlich aus, was viele Menschen denken und fühlen: „ Nach wie vor herrsche eine gute Stimmung unter den Aktiven. Nach wie vor stoßen immer noch neue Helfer hinzu. Das System der Ehrenamtler wird sich halten. Das trägt über die Flüchtlinge hinaus.“

Damit möchte ich heute zum Schluss neben dem Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung für die Auskünfte und Hilfestellungen bei den Beratungen allen Beteiligten im Kreis Soest danken, die sich ohne Zaudern und Zögern den Flüchtlingen angenommen haben.

Abschließen möchte ich meine Haushaltsrede mit dem Auszug aus einer Erklärung einer Person, die heute am 17.Dezember Geburtstag hat. Papst Franziskus: Mit dem Bau von Mauern und Grenzzäunen sei dem Problem aus seiner Sicht nicht beizukommen. „Sie wissen doch, welches Ende Mauern nehmen: Alle Mauern stürzen ein! Heute, morgen oder nach hundert Jahren stürzen sie ein. Die Mauer ist keine Lösung. Nicht Mauern, sondern Brücken sind immer eine Lösung.“

Zustimmung zum Haushalt!